

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Jahresmitgliederversammlung	1
Geschäftsverteilung	2-3
Bericht des Vorstandes	4-5
Programmübersicht	6-9
Arbeitskreis Schule	10
Arbeitskreis Soziales	11
Arbeitskreis Gesellschaftspolitik	12
Arbeitskreis Mittelstand	13
Öffentlichkeitsarbeit - Presse	14-21
Leitsätze der Wirtschaftsjunoren	22-23
Förderkreis	24
Mitgliederbetreuung	25
Mitgliederverzeichnis	26-33

JAHRESMITGLIEDERVERSAMMLUNG (am 31. Januar 1983 um 20.00 Uhr in der IHK)

Tagesordnung

1. Jahresbericht des Vorstandes
 - 1.1 Bericht über den Arbeitskreis Schule
 - 1.2 Bericht über den Arbeitskreis Soziales
 - 1.3 Bericht über den Arbeitskreis Gesellschaftspolitik
 - 1.4 Bericht über den Arbeitskreis Mittelstand
 - 1.5 Bericht über die Öffentlichkeitsarbeit
 - 1.6 Bericht über die Mitgliederbetreuung
 - 1.7 Bericht über den Förderkreis
 - 1.8 Bericht über die Aktivitäten im Landesverband
 - 1.9 Bericht über die Aktivitäten im Bundesverband
2. Kassenbericht des Kassenprüfers
3. Mitgliederbeiträge
4. Entlastung des Vorstandes sowie des Kassenprüfers
5. Verabschiedung ausscheidender und Vorstellung neuer Mitglieder
6. Wahl des Vorstandes
Wahl des Vorsitzers
Wahl des Kassenprüfers
7. Anträge sowie Verschiedenes

GESCHÄFTSVERTEILUNG

Vorsitzender	<u>Bär</u> , Gregor Dipl.-Ing. Schluchseewerk AG 7800 Freiburg
Betreuung der Wirtschaftsjunioren Arbeitskreis Gesellschaftspolitik	<u>Schugt</u> , Dr. Max Dipl.rer.pol. IHK Südlicher Oberrhein 7800 Freiburg
Arbeitskreis Schule und Überregionaler Arbeitskreis im Landesverband	<u>Dietrich</u> , Hans-Jürgen Leiter der Administration Deutsche Pharmacia GmbH 7800 Freiburg
Arbeitskreis Soziales	<u>Koppitz</u> , Wolfgang Niederlassungsleiter Südvers GmbH 7800 Freiburg
Arbeitskreis Mittelstand	<u>Richter</u> , Dr. Rüdiger Assessor Götz & Moriz 7800 Freiburg
Öffentlichkeitsarbeit	<u>Rückeshäuser</u> , Jörg Dipl.rer.pol. Steuerberater 7800 Freiburg
Mitglieder-/Gästebetreuung	<u>Sauerbier</u> , Jochen Dipl.-Ing. Dr.Armbruster Bau GmbH & Co 7800 Freiburg

GESCHÄFTSVERTEILUNG

Vorstand im Landesverband
(seit 1.10.1982)

Karle, Manfred
Geschäftsführender
Gesellschafter
Südvers GmbH
7800 Freiburg

Vorstand im Bundesverband

Walter, Bernhard
Bankdirektor
Dresdner Bank AG
6000 Frankfurt a.M.

Vorsitzender des Förderkreises

Mattern, Volker
Rechtsanwalt
Rhodia AG
7800 Freiburg

BERICHT DES VORSTANDES

Liebe Wirtschaftsjuniorinnen, liebe Wirtschaftsjunoren,
liebe Freunde unseres Juniorenkreises !

Obwohl der Blick nach vorne für uns alle besonders in der jetzigen Konjunkturlage von allergrößter Bedeutung ist, gestatten Sie mir, daß wir am Ende des Wirtschaftsjunorenjahres 1982 noch einmal einen Blick zurückwerfen, um aus den gewonnenen Erfahrungen Anregungen für unsere weitere Arbeit zu schaffen. Nach dem spürbaren Zuwachs unserer Aktivitäten auf allen Gebieten der Wirtschafts-, und der Gesellschaftspolitik und des internen Informationsaustausches sollte das vergangene Jahr der Konsolidierung und der Integration unserer Mitglieder dienen. Dazu haben wir Ihnen ein umfangreiches Programm angeboten, das neben den vielen Vorträgen, Seminaren, Exkursionen und Arbeitskreisen auch den geselligen Teil berücksichtigt hat.

Unsere Jahresarbeit haben wir nach dem vom Bundesverband vorgegebenen Jahresthema "Weniger Staat - mehr privat" ausgerichtet. So haben wir im ersten Quartal eine Standortbestimmung des Unternehmers in der Gesellschaft vorgenommen und dessen notwendiges gesellschaftspolitisches Engagement in Form einer Grundwertedebatte und einer Diskussion über die Aufgaben und Pflichten von Eliten festgestellt. Den Unternehmern und den leitenden Angestellten kommt danach für die Wahrung einer freien Gesellschaft und einer funktionstüchtigen Demokratie sehr große Bedeutung und hohe Verantwortung zu. Nur in einer freien Marktwirtschaft kann wirtschaftliche und individuelle Freiheit nebeneinander bestehen, indem der einzelne seine eigenen Interessen verfolgt und sein eigenes Risiko trägt. Je mehr sich der Staat in den Wirtschaftsablauf einmischt, je mehr er diktiert, je mehr Regeln und Verordnungen er zum "Wohle der Bürger" schafft, desto weniger Freiheit hat der Bürger, seine eigenen Entscheidungen zu treffen und seine eigenen Chancen zu nutzen.

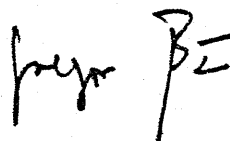
Im zweiten Quartal haben wir versucht, anhand der Thematik über moderne Energieerzeugungsanlagen und elektronische Datenverarbeitungssysteme das Spannungsfeld zwischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik aufzuzeigen und haben festgestellt, daß Technik kein Selbstzweck ist, sondern - richtig angewandt - vielmehr bedeutet: Humane und sichere Arbeitsplätze, ausreichender Lebensstandard, Minimierung der Energie- und Rohstoffe, Schutz der Umwelt vor Schadstoffen, höhere Produktion lebenswichtiger Güter für eine immer weiter wachsende Weltbevölkerung.

BERICHT DES VORSTANDES

Die erfolgreiche Einführung des Arbeitskreises "Mittelstand" wurde durch das Jahresprogramm im zweiten Halbjahr mit Themen, die vornehmlich den Mittelstand betrafen, unterstützt. Der gesellschaftspolitische Zusammenhang zwischen der Stärke des Mittelstandes in einem Volk und der Lebensfähigkeit einer demokratischen Staatsform sollte klargestellt werden. Der Mittelstand ist die Basis unserer heutigen Marktwirtschaft, ohne die eine Wettbewerbsordnung nur schlecht funktionieren würde und von dessen Leistungen das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft wesentlich beeinflusst wird.

Das Jahr 1982 hat den meisten Betrieben unserer Mitglieder viel Sorge bereitet und die Konjunkturprognosen klingen nicht sehr hoffnungsfroh. Die sich permanent verschlechternden Wirtschaftsdaten gehen einher mit einer Demotivation unternehmerischen Handelns. Wir wissen längst, daß es sich bei dieser Wirtschaftsflaute neben anderen Ursachen insbesondere um eine Strukturkrise handelt, die es zu bezwingen gilt. Die Wirtschaftsjuden wollen dazu ihren Beitrag leisten, indem sie ihren Sachverstand, den sie unter anderem auch bei unseren Vortragsveranstaltungen und in unseren Arbeitskreisen erworben haben, einsetzen und jede Initiative für einen wirtschaftlichen Aufschwung aktiv unterstützen.

Der Vorstand dankt allen Mitgliedern sehr herzlich für ihren engagierten Einsatz im Jahre 1982 und hofft auf eine noch engere Mitarbeit, damit die von uns selbst gestellten und vom Landes- und Bundesverband angeregten Aufgaben schnell und unkompliziert bewältigt werden können. Unser Dank gilt schließlich auch den Mitgliedern der Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein, und ihren Repräsentanten, den Herren Referenten und den Mitgliedern des Förderkreises, die die Arbeit der Wirtschaftsjuden auf so vielfache Weise unterstützt haben.



Vorsitzender

PROGRAMMÜBERSICHT 1 9 8 2

-
11. Januar Professor Dr. Hugo Ott
"Friedenssicherung und Friedensbewegung
aus der Sicht des Historikers und Politikers"
25. Januar Dr. Rolf Böhme - MdB, Parlamentarischer
Staatssekretär beim Bundesminister der
Finanzen⁺) -
"Aktuelle Fragen der Wirtschafts- und
Finanzpolitik"
1. Februar Jahresmitgliederversammlung 1981
10. Februar Dr. Sven von Ungern-Sternberg
- Bürgermeister der Stadt Freiburg -
"Freiburg in den 80er Jahren"
16. März Dr. Paul Schäfer, IHK-Hauptgeschäftsführer
"Japan - wirtschaftlich gesehen"
25. März Professor Dr. Günter Rohrmoser, ordent-
licher Professor für Philosophie an der
Universität Stuttgart-Hohenheim
"Die Bedeutung von Eliten in unserer heuti-
gen krisengefährdeten Gesellschaft"
5. April Professor Fritz Neumeyer, Schloß Bad Krozingen
"Österliches Schloßkonzert"
20. April Professor Dr. Dr. Karl Lehmann, ordent-
licher Professor für Dogmatik an der Univer-
sität Freiburg
"Maßstäbe gelungenen Zusammenlebens -
Zum Stand der Grundwertedebatte"
3. Mai Rainer Offergeld - MdB, Bundesminister für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
"Entwicklungspolitik in den 80er Jahren"

⁺) Jetzt Oberbürgermeister der Stadt Freiburg

PROGRAMMÜBERSICHT 1982

-
18. Mai Johannes Dasch, Verwaltungsdirektor,
Leiter des Arbeitsamtes Freiburg
"Arbeitsmarktgespräch"
22. Mai Freiburg, Kaiser-Joseph-Straße
Straßenbefragung zum Thema
"Weniger Staat - mehr privat"
27. Mai Busse's Waldschänke
"Spargelesen"
4. Juni Landeskonzferenz Ludwigsburg
Ministerpräsident Lothar Späth
"Strukturwandel und freies Unternehmertum -
Herausforderung für Wirtschaft und
Politik"
8. Juni Dipl.-Ing. ETH Viktor Kuntzemüller,
ehemaliges Vorstandsmitglied der FEW
"Die Elektrizitätsversorgung in der
Energiediskussion"
- 9.-12. Juni Europakonferenz der Wirtschaftsjunioren
in Rotterdam
15. Juni Besichtigung von Einrichtungen der
Freiburger Energie- und Wasserversorgungs-AG
23. Juni "Junioren intern"
30. Juli Professor Dr. Franz Fresle
"Mit einem Geographen im Hubschrauber
über den Breisgau"

PROGRAMMÜBERSICHT 1 9 8 2

-
24. August Professor Rolf M. Katzsch
"Kosten und Wirksamkeit des Einsatzes
moderner Datenverarbeitungstechnologien
im Unternehmen"
26. August Wirtschaftsminister Dr. Rudolf Eberle
und Oberbürgermeisterkandidat Dr. Sven von
Ungern-Sternberg
Gemeinschaftsveranstaltung mit dem CDU/CSU
Kreisverband Freiburg
"Wirtschaftsförderung und Strukturprobleme
im Raum Freiburg"
31. August Staatsanwalt Karl-Heinz Denzlinger
"Hoffnungslos hinter Gittern?
Haben Strafgefangene in unserer Gesellschaft
eine Chance oder ist der Rückfall programmiert?"
- 8./9. September Gespräch mit Fachleuten zum Thema
"Was ist Solidarität; wirtschaftliche Zusammen-
arbeit und Entwicklungshilfe?"
12. September Herbstwanderung mit Senior W. Kolb
zum Belchengipfel
14. September Vorstellung der beiden Oberbürgermeister-
kandidaten Dr. R. Böhme und Dr. S. v. Ungern-
Sternberg
- 16.-19. September Bundeskonferenz der Wirtschaftsjunoren
Deutschland in Münster
Thema "Weniger Staat - mehr privat"
23. September Professor Dr. H. Steinlin und Dr. H. Geiß
"Untersuchungen und Planungen für den Verlauf
der Bundesfernstraße Freiburg - Donaueschingen"

PROGRAMMÜBERSICHT 1982

-
5. Oktober Ganztägiges Seminar der Deutschen Bundespost über die neuen Medientechniken, insbesondere Bildschirmtext, Teletex und Fernkopieren
12. Oktober Professor Dr. E. Hamer
"Die Funktion des Mittelstandes in Staat und Gesellschaft"
21. Oktober Regierungsdirektor D. Ruhe, Regierungspräsidium
"Aufgaben und Bedeutung des Katastrophenschutzes in unserer Region"
9. November Professor Dr. R.B. Schmidt
"Können wir mit einem sogenannten Nullwachstum leben?"
12. November Exkursion zum Kernkraftwerk LEIBSTADT
6. Dezember Ludwig Steinmetz
"Corporated Charakter, Corporated Identity und der Corporatedgedanke in der werblichen Kommunikation"
8. Dezember Arbeitsmarktgespräch mit dem Arbeitsamt Freiburg zum Thema
"Beschäftigung von Lehrern in der Wirtschaft"
20. Dezember Wallgraben-Theater
Heitere Begegnung mit Karl Valentin, Lorient und Kurt Tucholsky

ARBEITSKREIS SCHULE

Auch in diesem Jahr hat der Arbeitskreis Schule eine Reihe von Veranstaltungen innerhalb und außerhalb der Schulen durchgeführt. Hauptzweck dieser Veranstaltungen war es, Schülern den Kontakt zu Unternehmen zu ermöglichen und in persönlichen Diskussionen eventuell bestehende Vorurteile gegenüber der sozialen Marktwirtschaft sowie gegenüber Unternehmern im allgemeinen abzubauen.

Eine der wichtigsten Veranstaltungen in diesem Jahr war die Durchführung eines Wirtschaftsquizes, an dem sich 13 Schulen beteiligten. Dieses Quiz wurde im November 1982 veranstaltet und am 16. Dezember 1982 fand die Preisverleihung statt. Da von uns bisher nur fünf Schulen betreut wurden, sollte 1983 versucht werden, diese Betreuung auf weitere Schulen auszudehnen. Ferner beabsichtigt der Arbeitskreis Schule nach dem großen Erfolg mit dem Wirtschaftsquiz im Jahre 1983 eine größere Veranstaltung, dieses Mal in Form eines Wirtschaftsspiels (z.B. Ölplanspiel) durchzuführen. (gez. Dietrich)

Veranstaltungskalender - Projektarbeit Schule			Jahr 1982		
Datum	Referent	Thema	Schule	Klasse	Anzahl Schüler
15. 3.	Herr Rasch Herr Dietrich	Einblick in ein Pharma-Unternehmen Betriebsbegehung Deutsche Pharmacia GmbH	Walter-Eucken-Gymnasium	13	18
16. 3.	Herr Keller Herr Scholl	Veranstaltung in der Schule Berufsbilder Bankkaufmann, Großhandelskaufmann, Information über Bewerbung und Vorstellungsgespräch	Droste-Hülshoff-Gymnasium	9	18
26. 3.	Herr Rasch	Preisverteilung Börsen-Planspiel 1981/1982	Walter-Eucken-Gymnasium	13a/13c	26
29. 3.	Herr Höppner	Betriebsbesichtigung, Drogerie SB Markt, Lamade GmbH	Walter-Eucken-Gymnasium	11	18
27. 4.	Herr Enders	Berufsbezogene Gespräche mit Vertretern verschiedener Berufssparten	Kepler-Gymnasium	12	25
April	Herr Schölly	Betriebsbegehung der VOLPI DEUTSCHLAND GMBH sowie eines anderen Unternehmens	Gymnasium Denzlingen	2 Klassen	50
03. 5.	Herr Enders	Berufsbezogene Gespräche mit Vertretern verschiedener Berufssparten	Kepler-Gymnasium	12	21
Mai	Herr Timinger	Währungssystem, Internationales Bankwesen, Deutsche Bank	Gymnasium Denzlingen		10
28. 5.	Herr Dietrich	Betriebsbegehung, Gödecke AG Thema: Automatisierung	Gymnasium Denzlingen	9	22
09. 6.	Herr Dietrich	Besprechung mit den Schülern über die Betriebsbegehung bei der Firma Gödecke AG	Gymnasium Denzlingen	9	25
20. 9.	Herr Rasch	Gesprächsrunde mit Schülern des Walter-Eucken-Gymnasiums mit dem Thema: Organisation und Führung eines Unternehmens - Personalpolitik -	Walter-Eucken-Gymnasium	12	30
14.10.	Herr Rasch Herr Dohnt	Betriebserkundung bei der Daimler Benz AG mit anschließendem Gespräch über Preispolitik	Walter-Eucken-Gymnasium	11	19
14.10.	Herr Timinger Herr Enders	Führung durch die Deutsche Bank mit anschließender Diskussion	Kepler-Gymnasium	13	12
November	Herr Dietrich	Wirtschaftsquiz	13 Gymnasien	9, 10, 11 und 12	467

ARBEITSKREIS SOZIALES

Der Arbeitskreis Soziales hat an folgenden Projekten im Jahr 1982 gearbeitet:

1. Einmalige Spendenaktion unter dem Motto "Polenilfe".

Unser Aufruf zur humanitären Hilfe für Polen blieb nicht unberücksichtigt. Wir konnten nach Abschluß dieser Aktion im März 1982 Stadtrat Dr. Bernt Waldmann einen Scheck über DM 6.500,-- überreichen. Für diesen Betrag konnten Lebensmittel, Kleidung und Medikamente gekauft und durch das Rote Kreuz transportiert werden.

2. Abenteuerspielplatz Weingarten.

Seit November 1981 haben wir durch Vermittlung von insgesamt 39 Anzeigen zur Finanzierung der Elternzeitung beigetragen. Die Zeitung erscheint monatlich mit einer Auflage von 1.500 Stück und berichtet über die Aktivitäten des Abenteuerspielplatzes (ASP). Dafür zeichnet der Elternkreis des ASP verantwortlich.

Neben vielen Einzelaktivitäten unterstützen wir zur Zeit ein begrüßenswertes Projekt. Der ASP greift wie immer zur Eigeninitiative. Das bisherige Provisorium der Reparatur- und Jugendwerkstatt mußte wegen des schlechten baulichen Zustandes abgerissen und neu aufgebaut werden. Helfer, Jugendliche und befreundete Eltern legen Hand an und wollen in eigener Regie das Gebäude erstellen. Wir versuchen soweit als möglich, günstige Einkaufsbedingungen für Material zu beschaffen, Materialien zu besorgen, die bei gewerblichen Unternehmen oft nicht mehr verwendet werden, und zu guter Letzt auch die Finanzen durch Geldspenden ausgleichen.

Anläßlich des Frühschoppens am Sonntag, 19. Dezember 1982, konnten wir u.a. einen Geldbetrag in Höhe von DM 1.070,-- dem Leiter des Abenteuerspielplatzes, Herrn Hauser, überreichen.

3. Waisenhaus und Kinderheim Günterstal.

Die im Jahre 1981 begonnene Projektarbeit geht nur mit kleinen Schritten voran. Immer wiederkehrende Probleme sind Arbeitsplatz- und Jobvermittlung. Das Herstellen von Kontakten zu Betrieben - lange vor Beginn der Ausbildung - halten wir nach wie vor für sehr wichtig. Leider sind die Möglichkeiten, über diesen Weg zur Berufsfindung beizutragen äußerst schwierig, trotz hoffnungsvoller Erfolge. Alle Mitglieder und Freunde der Wirtschaftsjuvenoren sind aufgerufen, uns bei dieser auch gesellschaftspolitischen Aufgabe zu unterstützen.

4. Sozialer Wegweiser.

Die Entscheidung ist gefallen! Im Jahr 1983 soll die Broschüre "Rat und Hilfe in Freiburg", ein sozialer Wegweiser neu aufgelegt werden. In Zusammenarbeit mit Bernhard Krabbe, Referent für Caritas und Pastorale, soll der überarbeitete Wegweiser im Februar 1983 erscheinen. Mehr als 100 erfaßte Gruppen werden in ca. 10 Bereiche aufgegliedert und geben eine Übersicht über das vielfältige soziale Engagement in Freiburg. (gez. Koppitz)

ARBEITSKREIS GESELLSCHAFTSPOLITIK

Dieser Arbeitskreis befaßt sich mit den rechtlichen Grundlagen unseres Staates, dem theoretischen Unterbau unseres Wirtschaftssystems, dem Zusammenspiel beider und dessen Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft.

Im Vordergrund der Arbeit im Jahre 1982 stand die Frage, ob durch "Mehr privat - weniger Staat" gesellschaftspolitisch und wirtschaftlich Vorteile zu erreichen sein würden. Der Arbeitskreis hat sich intensiv und ernsthaft mit dieser Frage auseinandergesetzt und tut dies immer noch. Er hat sich zum Ziel gesetzt, Antworten auf diese Frage aus verfassungsrechtlicher, soziologischer, gesamtwirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Sicht zu finden. Grundlage dieser Überlegungen waren jeweils Referate, die von Mitgliedern des Arbeitskreises oder von dazu geladenen Sachverständigen gehalten wurden. Der juristisch-historische, soziologische und administrative Teil der Fragestellung wurde weitgehend behandelt. Offen sind noch die wirtschaftlichen Gesichtspunkte.

Die etwa 15 Mitglieder des Arbeitskreises, dem sich erfreulicherweise auch einige ständige Gäste angeschlossen haben, möchten mit der zu erarbeitenden theoretischen Grundlage denjenigen Wirtschafts juniorern helfen, die im nächsten Jahr möglicherweise ein konkretes Privatisierungsvorhaben angehen wollen. Darüber hinaus trägt diese intensive Beschäftigung mit den Rahmenbedingungen, unter denen wir leben und arbeiten, sicher zu einer wünschenswerten Bewußtseinserweiterung bei.

Der Arbeitskreis Gesellschaftspolitik hat sich in diesem Jahr insgesamt 14mal getroffen. Die herausragenden Veranstaltungen waren:

- 20. 1.82 - "Kapitalbeteiligung für Mitarbeiter"
- 19. 4.82 - "Staatsleistungsquote" mit Professor Dr. Hauser
- 24. 4.82 - Seminar zum Thema "Weniger Staat - mehr privat"
- 17. 5.82 - "Umwandlung des Verkehrsamtes der Stadt Freiburg in eine GmbH" mit Verkehrsdirektor Großmann
- 6. 7.82 - Hintergrundgespräch mit MdB - Manfred Vohrer
"FDP in Bedrängnis"
- 21. 9.82 - "Weniger Staat - mehr privat"; Grundsatzdiskussion
- 11.10.82 - "Die unterschiedlichen Staatsauffassungen im Blick auf seine Funktionen" mit Pater Cornelius Paulus
- 23.11.82 - "Die Entwicklung der städtischen Haushalte aus der Sicht eines Verwaltungsfachmannes" mit Dr. Hans Evers
- 14.12.82 - Ausspracheabend über die gehaltenen Vorträge
(gez. Dr. Schugt)

ARBEITSKREIS MITTELSTAND

Sicher erinnern Sie sich noch, als wir Ihnen im Juni 1982 bei der Veranstaltung "Wirtschaftsjunioren intern" die Konzeption des Arbeitskreises Mittelstand vorgelegt haben.

Die Interessenschwerpunkte des Arbeitskreises Mittelstand wurden damals wie folgt formuliert:

1. Information, Meinungsbildung und Erfahrungsaustausch unter gleichgesinnten Unternehmern und leitenden Angestellten.
2. Bescheidene aber konsequente Selbstdarstellung durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit.
3. Gemeinsame Weiterbildung und Schulung über Seminare und Fortbildungskurse.

Die rege Beteiligung an den in diesem Jahr abgehaltenen Sitzungen, aber auch die Bereitschaft der Mitglieder, einen Vortrag zu halten, zeigt, daß dieser Arbeitskreis Mittelstand als stete Einrichtung für die Wirtschaftsjunioren nur noch schwerlich wegzudenken ist. Er hat seine Bewährungsprobe bestanden und kann sich weiterhin an den gestellten Zielen orientieren. Allerdings werden wir an dieser Zielsetzung ständig weiter arbeiten müssen. Gerade der Arbeitskreis Mittelstand kann Themen aufgreifen, die den Interessen aller Unternehmer gerecht werden.

Die Frageviertelstunde "Mittelstand Aktuell" hat sich ebenfalls bewährt. Von den Beteiligten werden Beiträge aus Organisationen und Verbänden gegeben, wie z.B. Informationen über Lohnforderungen, neue Medien etc.

Folgende Programmpunkte wurden bisher behandelt:

- | | | |
|------------|---|--|
| 30. 8.1982 | - | "Investitionszulagengesetz 1982
Anspruch und Durchführung"
Dipl.-Volkswirt J. Rückeshäuser, selbst.Steuerberater |
| 27. 9.1982 | - | "Marketing als dynamisches Element verstanden"
Hans-Bodo Hartmann, Farmitalia Carlo Erba GmbH |
| 25.10.1982 | - | "Computertechnik als technisches Organisationsmodell.
Mit welchen Problemen haben wir in diesem Fall schon
in naher Zukunft fertig zu werden? Hardware - Software"
Bernhard Eckert, Taylorix-Freiburg |
| 29.11.1982 | - | "Zeitplanerfassung für den Chef"
Werner Schulz, Ambs KG |

Der Arbeitskreis Mittelstand trifft sich regelmäßig jeden letzten Montag des Monats um 20.15 Uhr in der Industrie- und Handelskammer.

(gez. Dr.Richter)

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT - PRESSE

- ... hatten und haben die Aufgabe: Die Arbeit der Wirtschaftsjunoren in der Öffentlichkeit darzustellen
- ... versuchten dies zu erreichen durch: Kontakte zu der Presse
Einladungen der Presse zu den Veranstaltungen der Wirtschaftsjunoren
Informationen der Presse nach Veranstaltungen bzw. Aktionen der Wirtschaftsjunoren
- ... mit dem Ziel: Durch möglichst viele fundierte Veröffentlichungen ein seriöses Bild der Wirtschaftsjunoren entstehen zu lassen
- ... haben folgende Statistik zu bieten:
- | | |
|---------------------------|-------------------|
| Badische Zeitung: | 18 Artikel |
| Wirtschaft im Südwesten: | 15 Artikel |
| Freiburger Wochenbericht: | 14 Artikel |
| Schwarzwälder Bote: | 10 Artikel |
| Südkurier: | 8 Artikel |
| Junioren-Spiegel: | 5 Artikel |
| | <u>70 Artikel</u> |
| | ===== |
- ... mit der Einschränkung: Nicht alle Belegexemplare konnten erfaßt werden, so daß die "Ausbeute" u.U. noch größer ist

(gez. Rückeshäuser)

Die Badische Zeitung vom 18.3.1982 fand die Wirtschaftsjuvenoren gleich zweimal erwähnenswert:

Rat an Wirtschaftsjuvenoren:

Prestige in Japan nutzen

Schäfer sprach über das Land der aufgehenden Sonne

„Nicht unbedingt Grund zur Resignation, so ernst die Dinge sind“, sieht Paul Schäfer, Hauptgeschäftsführer der Freiburger Industrie- und Handelskammer, in bezug auf die deutschen Exportchancen in Japan. Schäfer sprach am Dienstagabend vor den Wirtschaftsjuvenoren, jungen Unternehmern und leitenden Angestellten im Bezirk Freiburg.

Schäfer berichtete von einer Reise nach Japan, bei der er Gelegenheit gehabt hatte, mit den Bossen aus dem Industrie- und Medienbereich, mit japanischen und deutschen Diplomaten zu sprechen.

Der erste Rat, den er am japanischen Markt interessierten Exporteuren gab: Einen fähigen Mann hinüberschicken, der sich in die Mentalität des „Volkes der aufgehenden Sonne“ einfühlen und sich dazu Zeit nehmen sollte. Entscheidend sei, daß sich der deutsche Interessent nicht durch die niedrigen Preise in Japan abschrecken lasse; zwar seien die Preise des deutschen Exporteurs, so Schäfer, wegen des hiesigen Lohnniveaus nicht konkurrenzfähig, aber die Japaner seien durchaus bereit, für hochwertige Artikel aus dem Ausland das Achtfache von dem zu bezahlen, was vergleichbare japanische Artikel kosten. Anbieter aus anderen europäischen Ländern hätten das schon lange erkannt und seien bereits gut im Geschäft. Besonders für

Spielzeug und Sportgeräte sehe er noch einen Markt.

Ansonsten zeichnete Schäfer ein aus der Sicht der deutschen Industrie pessimistisches Zukunftsbild. So brachte er Zahlen aus der Niederlassung einer Fabrik mit, die sich unter anderem mit Ultramikroelektronik befaßt: 120 000 Schaltungen auf einem Chip von zehn Quadratmillimetern baue man dort, zwei Millionen Mark investiere die Firma pro Arbeitsplatz auf diesem Gebiet, und 5000 von 20000 Werksangestellten arbeiteten ausschließlich auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung. Es sei damit zu rechnen, daß Japan in zwei bis drei Jahren weltweiter Spitzenreiter bei der Steuerung von Werkzeugmaschinen sein werde.

Der eigentliche Grund für Japans wirtschaftliche Dynamik geht für Schäfer auf die Katastrophe von Hiroshima zurück, als die Japaner jäh mit den entsetzlichen Errungenschaften moderner Technik konfrontiert wurden. „Das ist uns einmal passiert und nie wieder“ – so eine Japanerin.

Auch in Japan, so Schäfer abschließend, würden „die Bäume nicht in den Himmel wachsen“; Rohstoff-, Energie- und Umweltschutzprobleme würden Japan genauso bedrängen wie die Bundesrepublik, auch im Verteidigungsbereich werde das Land mehr tun müssen als bisher und die sozialen Kosten würden aufgrund der veränderten Bevölkerungsstruktur steigen.



EINEN SCHECK ÜBER 6500 MARK nahm am Dienstag Stadtrat Bernt Waldmann (links) für eine Poleninitiative von den Wirtschaftsjuvenoren entgegen. Ihr Vorsitzender Gregor Bär überreichte die größte Einzelspende zu der überparteilichen Aktion, bei der für insgesamt 28 000 Mark Lebensmittel für die polnische Industriestadt Łódź geschickt wurden. In Erwartung der bereits angekündigten Spende war bereits am Wochenende ein Viertonnenlastwagen des Roten Kreuzes mit einem anderen Konvoi losgefahren. Waldmanns Initiative war von der Verwaltung, von den Stadträten aller Fraktionen sowie den Landtags- und Bundestagsabgeordneten des Freiburger Raums unterstützt worden.

Einige Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen

Freiburger
Wochenbericht
vom 1.4.1982

Wirtschaft im Südwesten vom Mai 1982

Juniores Freiburg

Diskussionen über Grundwerte sind Krisenzeichen

Die Wirtschaftsunioren hatten Prof. Dr. Dr. Karl Lehmann, ordentlicher Professor für Dogmatik an der Universität Freiburg, zu einem Vortrag gebeten. Thema: »Maßstäbe gelungenen Zusammenlebens – zum Stand der Grundwerte-Debatte.«

Der Begriff »Grundwerte« tauchte im Vorfeld des Bundestags-Wahlkampfes 1976 in mehreren gesellschaftspolitischen Beiträgen auf. Hierzu haben sich damals vor allem geäußert die Deutsche Bischofskonferenz, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken sowie die Politiker Schmidt, Kohl und Maihofer. Der Ur-

sprung der Grundwert-Debatte reicht allerdings weiter zurück, bis in die Anfänge der sozial-liberalen Koalition in Bonn. Eine Reihe von Reformen und Reformvorhaben nahmen Bezug auf Grundwerte. Es ging dabei um das Spannungsfeld zwischen Recht, Moral und Ethik. In der damaligen Auseinandersetzung wurde der Vorwurf erhoben, daß die Reformvorhaben zu einem Schwund der gesellschaftlichen Übereinstimmung in den Grundüberzeugungen führten.

Das Entstehen der Grundwerte-Debatte ist auch Ausdruck dafür, daß eine Epoche der deutschen Nachkriegsgeschichte zu Ende gegangen ist, die Zeit des Aufbaus und der Konsolidierung. Die Sorge um den materiellen Aufbau und die Genugtuung über den wirtschaftlichen Erfolg gaben die Überzeugung, auf dem richtigen Weg zu sein. Negative Erfahrungen mit anderen Systemen ließen Alternativen zunächst nicht aufkommen. Erst die wirtschaftliche Rezession 1966/67 und die Protestbewegungen der Jugend und der Studenten von 1968 haben ein verborgenes Defizit an den Tag gebracht. Die Diskussion um die Grundwerte war also, verhältnismäßig unabhängig von der konkreten Regierungsverantwortung, fällig geworden.

Darüberhinaus ist ein Wandel des Wertbewußtseins selbst nicht zu leugnen. Neue Werte wurden sichtbar: Umwelt, Randgruppen, Dritte Welt, Verteilungsgerechtigkeit. Laut Lehmann sind Diskussionen über Grundwerte Krisenzeichen. Wo Unsicherheit und Ratlosigkeit vorherrschen, streitet man sich über »Grundwerte«. Der Begriff Grundwert ist allgemein und verschwommen; es handelt sich oft um ein Konglomerat von Prinzipien, Rechtssätzen, Institutionen und ethischen Haltungen.

Der Beitrag der Kirche zur Förderung der Grundwerte liegt einmalig darin, daß Grundwerte, die von der Kirche als solche bezeichnet und gefördert werden, nicht einfach Sonderlehren für einzelne Gruppen sein dürfen. Sie sollen vielmehr ein universal mittelbares und mit der menschlichen Vernunft vollziehbares Angebot für alle darstellen. Die Kirche sollte Grundwerte nicht mit Befehl und Zwang vermitteln, sondern mit Hilfe der Argumentation und Werbung, mit Zuspruch und Bitten. Lehmann versuchte auch, eine Antwort zu geben auf die Frage, welche Grundwerte die Kirche anbieten kann. Bis jetzt beschränkte sich das Angebot von christlicher und kirchlicher Seite auf die Grundwerte, die auch Gegenstand der politischen Grundwerte-Diskussion sind: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Diese zentralen Begriffe der französischen Revolution und der heutigen Parteiprogramme sind jedoch so unbestimmt, daß sie

sehr verschieden aufgefüllt und ausgelegt werden können. Vor einigen Jahren hat der Rat der evangelischen Kirche Deutschlands und die Deutsche Bischofskonferenz eine Arbeitsgruppe beauftragt, ein gemeinsames Wort zu einer Auseinandersetzung um die Grundwerte vorzubereiten. Die in einer gemeinsamen Erklärung gefundene Antwort ist einfach, ja auf den ersten Blick geradezu banal erscheinend: die Kirchen können mit den Zehn Geboten so etwas wie Grundwerte in das Gespräch einbringen. Die Zehn Gebote decken zwar nicht die ganze Grundwerte-Diskussion ab, sie haben jedoch eine Grundgestalt, die durchaus mit der Thematik der Grundwerte zusammenfällt. Abschließend stellte Lehmann fest, daß der Sinn einer Diskussion um Grundwerte dann am besten erfüllt ist, wenn die Rede von Grundwerten überflüssig wird, dann nämlich, wenn die Maßstäbe des menschlichen Zusammenlebens in verhältnismäßig reibungslosem Funktionieren unauffällig

Gesellschaft und ihre Eliten:

Die Wirtschaftsunioren diskutierten

Professor Dr. Günter Rohrmoser, ordentlicher Professor für Philosophie an der Universität Stuttgart-Hohenheim, sprach zu den Wirtschaftsunioren zu dem Thema »Die Bedeutung von Eliten in unserer heutigen Gesellschaft.«

Nach Rohrmoser gehört in einer demokratischen Gesellschaft derjenige zur Elite, der bereit ist, sich über das normale Maß hinaus für die Gesellschaft einzusetzen. Rohrmoser bejaht die Notwendigkeit von Eliten und fordert zum Wettbewerb der Eliten auf.

Rohrmoser erkennt fünf Grundprobleme unserer Zeit: Zunächst die Entscheidung zwischen der industriellen Gesellschaft und einer alternativen Gesellschaft. Die Alternativen sind im Grunde konservativ religiös: Sie möchten bewahren und erhalten. Es sollte eine Industriegesellschaft geschaffen werden, die die berechtigten Grundinteressen der Alternativen berücksichtigt.

Das zweite Grundproblem ist die Frage, die die Friedensbewegung stellt: Sollen wir Bündnispartner der Nato bleiben oder Schutz im Schatten der Sowjetunion suchen? Rohrmoser ist der Meinung, daß Neutralität auf die Dauer nicht möglich ist und gab zu bedenken, daß die Nato uns auch vor den USA schützt.

Die Frage, was ist Staat? ist ein weiteres grundsätzliches Problem. Dem Bürger muß wieder gezeigt werden, wo der Staat steht. Gesamtgesellschaftliche Interessen kann nur der Staat wahrnehmen. Der Forderung nach weniger Staat muß auf manchen Gebieten der Wille nach mehr Staat entgegengesetzt werden. Dem Staat muß die Legitimität zurückgegeben werden. Er muß das Recht haben, zur Erhaltung der Rechts- und Friedensordnung legale Gewalt anzuwenden zu dürfen.

Die Zukunft des Sozialstaates ist das vierte Grundproblem unserer Zeit. Die Zukunft hängt davon ab, ob der Sozialstaat finanzierbar ist und bleibt. Die Finanzierbarkeit ist wiederum nur möglich, wenn alle Gruppen ein soziales Ethos entwickeln und ihre Anforderungen an den Staat überdenken.

Das fünfte grundsätzliche Problem sieht Rohrmoser in unserer Kultur. Unter Kultur versteht er sinnvoll gestaltetes Leben. Er fordert, daß die Gesellschaft wieder mehr Sinn produzieren muß.

Für die Lösung dieser Probleme weist Rohrmoser dem Mittelstand eine wichtige, geradezu herausragende Rolle zu. Der Jugend stellt er generell ein gutes Zeugnis aus, sieht bei ihr jedoch eine weit verbreitete Orientierungs- und Sprachlosigkeit.

Den Parteien schreibt Rohrmoser ins Stammbuch, eindeutige Positionen einzunehmen. Wenn eine politische Partei zu jedem Problem gleichzeitig ja und nein sagt, dann erfüllt sie ihre Funktion nicht. Der Bürger kann sich nicht mehr identifizieren, er kann nicht mehr wählen, oder er weiß nicht, was er wählt.

und September 1982

Aus dem Juniorenkreis

EDV: lieber klein beginnen

Mit einem Vortrag zu dem Thema »Kosten und Wirksamkeit des Einsatzes moderner Datenverarbeitungstechnologien im Unternehmen« haben die Wirtschaftsunioren die Arbeit nach der Sommerpause wieder aufgenommen. Referent war Prof. Rolf M. Katzsch von der Fachhochschule Furtwangen. Er hat vor und neben seiner Lehrtätigkeit umfangreiche praktische Erfahrungen sammeln können, als Berater im In- und Ausland. Der heutige Stand und die Entwicklung im EDV-Bereich zeichnet sich dadurch aus, daß immer mehr Unternehmen mit eigenen Anlagen arbeiten, wobei nicht nur die großen Unternehmen sich zu diesem Schritt entschließen, sondern auch in vermehrtem Umfang mittlere bis kleinere. Diese Entwicklung unterstützt das Angebot auf dem Hardware-Markt. Es enthält neben den teuren Universalrechnern in verstärktem Umfang Minicomputer und Prozeßrechner sowie mit starkem Trend preisgünstige Kleincomputer und Terminalsysteme. Die Software hingegen wird immer teurer, ganz besonders dann, wenn es sich um individuelle Programme handelt oder wenn Standardsoftware auf die betrieblichen Gegebenheiten angepaßt werden muß. Hinsichtlich der momentan vielgepriesenen neuen Kommunikationssysteme ist Katzsch der Auffassung, daß alle Hersteller davon reden, jedoch keiner sie hat.

Die generellen Anforderungen der mittelständischen Wirtschaft an computergestützte Anwendungssysteme sollten sein die Erhaltung der Flexibilität, Kostentransparenz, der Import von betriebswirtschaftlichem Know-how per Software, die Rationalisierung in Verwaltung, Materialwirtschaft und Fertigung sowie die Verbesserung der Information und Kommunikation. Die betriebsindividuellen Anforderungen müssen anhand einer Zieldefinition festgelegt werden. Das aber muß die Unternehmensleitung machen, nicht der EDV-Verkäufer. Die Ziele müssen meßbar sein, und es muß nach einer Rangordnung entschieden werden, ob sie zwingend oder nur dringend sind, ob deren Verwirklichung lediglich nützlich oder gar nur schön wäre.

Zum erfolgreichen EDV-Einsatz gehört es ferner unbedingt, daß Vorurteile abgebaut sowie organisatorische und psychologische Probleme beseitigt werden. Eine Kosten-Nutzen-Analyse sollte einem EDV-Einsatz immer vorangestellt werden. Hinsichtlich der Kosten bestehen erhebliche Probleme, die laufenden Kosten beziehungsweise die Folgekosten im voraus richtig einzuschätzen, Anschaffung und Einrichtung hingegen sind kalkulierbar. Der mögliche Nutzen einer EDV-Anwen-

dung ist anhand der Ziele zu errechnen. Daneben muß jedoch auch bedacht werden, daß es einen nicht meßbaren Nutzen gibt.

Für die Planung einer EDV-Anwendung gab der Referent den interessierten Zuhörern folgende Lösungsansätze mit auf den Weg: Man solle die Kosten und die Einführungszeit nicht unterschätzen, den Versprechungen der Hersteller nicht zuviel Glauben schenken, nicht zu viele Vorhaben auf einmal in Angriff nehmen. Es sei besser, wenn man zunächst die gut funktionierenden Bereiche auf EDV übernimmt, bevor man sich den Problemfällen zuwendet. Man solle aber vor allem lieber klein beginnen, mit Erfahrungen zu einem späteren Zeitpunkt auf ein größeres System umsteigen.

Letztendlich gelte auch bei der EDV-Anwendung Murphy's Gesetz: Die Dinge sind komplexer als sie scheinen; die Dinge brauchen länger als erwartet; die Dinge kosten mehr als vorgesehen; wenn etwas schiefgehen kann, so geschieht es. Und die Anmerkung hierzu: Murphy war ein Optimist!

Heute leben $\frac{1}{4}$ der Weltbevölkerung in den Staaten der Dritten Welt, im Jahr 2000 werden es mehr als 80 % der 6 Mrd. Erdenbewohner sein. Auf Einladung der Freiburger Wirtschafts-junioren stellte Rainer Offergeld, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, vor vollem Haus die Leitlinien der Entwicklungspolitik der 80er Jahre dar. Hierbei liegt ein Schwerpunkt in der Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung. Rund 27 % der im Jahre 1980 geleisteten öffentlichen Entwicklungshilfe von 6,4 Mrd. DM fließen in diesen Bereich. Wichtig ist jedoch auch für die Staaten der Dritten Welt eine bessere Energieversorgung. Hierbei ist insbesondere durch eine Zusammenarbeit mit den Industrieländern darauf hinzuwirken, daß der Anteil des Geldes, das für Ölimport ausgegeben wird, verringert wird. So betrug die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer im vergangenen Jahr 524 Mrd. Dollar - hauptsächlich verursacht durch verteuerte Rohölimporte. Der Schuldendienst frißt in Brasilien 43 %, in der Türkei 47 % und in Marokko 57 % der Exporterlöse auf. Aber auch der natürliche Schutz der Ressourcen und Investitionen in das Bildungs- und Ausbildungswesen sind zentrale Aufgaben der deutschen Entwicklungspolitik.

Neben ethischen Problemen ist aber auch ein wirtschaftliches Interesse gegeben: Der Außenhandel der Bundesrepublik mit der Dritten Welt hatte 1980 einen Wert von 172 Mrd. DM - das bedeutet, daß mehr als 20 % der deutschen Ausfuhr in die Dritte Welt gehen. (Der Anteil der Staats-

Entwicklungshilfe: Kein Honorar für politisches Wohlverhalten

Bundesminister Offergeld vor den Freiburger Wirtschaftsunioren.



Bundesminister Offergeld bei den Freiburger Wirtschaftsunioren (von links: Gregor Bär, Bundesminister Offergeld, Helmut Heine).

handelsländer des Ostblocks liegt bei 5 %) Offergeld wies daraufhin, daß jede Mark, die in die die deutsche Wirtschaft in Höhe von 1,15 I

Neben anderen Blättern behandelte der
Freiburger Wochenbericht am 6.5.1982 (oben)
 und die Badische Zeitung am 5.5.1982 (unten)
 die Veranstaltung mit dem damaligen
Bundesminister Offergeld

nach sich zieht. Entwicklungshilfe sei keine Belohnung für Wohlverhalten, sondern Hilfe in einer Notsituation. Gleichzeitig machte er aber auch klar, daß diese Gelder keine Unterstützung für Diktaturen sein können, aber auch kein Beitrag zur Aufrechterhaltung undemokratischer Zustände.

Offergeld: „Kein Land kann heute mehr isoliert seine eigenen Interessen verfolgen. Die brennenden Probleme der Gegenwart und der Zukunft sind nicht durch Konfrontation, sondern nur in Kooperation und gemeinsamer Verantwortung zu lösen. Zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt gibt es keine Alternative.“

Richtlinien im unpopulären Ressort

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit bei einem Vortrag in Freiburg

Es wäre verfehlt, Entwicklungspolitik einseitig unter den Aspekten humanitärer Hilfestellung oder wirtschaftlicher Stützung für die Länder der Dritten Welt zu betrachten. Vielmehr sei Entwicklungshilfe ein Unterfangen, das auf gegenseitige Abhängigkeiten baue. So habe man im Jahre 1979 aufgrund von Tätigkeiten in Entwicklungsländern eine Folgenachfrage nach deutschen Gütern und Dienstleistungen aus den Ländern der Dritten Welt registrieren können, die die Etatmittel für die Entwicklungshilfe übersteigen hätten. Worte aus dem Munde des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Rainer Offergeld, der am Montag auf Einladung der Wirtschaftsunioren der Industrie- und Handelskammer in Freiburg sprach.

Überdies, so Offergeld weiter, habe diese zweiseitige Verflechtung in der Bundesrepublik Deutschland zirka einhunderttausend Arbeitsplätze ge-

sichert. Der Minister stellte in dem Vortrag die Politik seines Ministeriums auf vier Grundlagen, die die Handlungsschwerpunkte der Bundesregierung umreißen. Da ist zum einen die Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung in den unterstützten Ländern, die Sicherung der Energieversorgung, der Schutz der natürlichen Ressourcen eines jeden Landes und die Hilfestellung bei Bildung und Ausbildung.

Vor allem aber stehe die Bekämpfung der absoluten Armut, also die Befriedigung der wichtigsten Bedürfnisse der Menschen nach Nahrung, Kleidung, Obdach und Gesundheit. Dabei sei es vordringlich, eine Entwicklungspolitik zu betreiben, die die Länder der Dritten Welt von der Bürde befreit, einen Großteil ihrer Nahrungsmittel aus anderen Ländern zu importieren und so die Schuldenlast der Staaten ins Unermeßliche zu treiben. Diese Schul-

denlast, die somit hauptsächlich die teuren Öleinfuhren zuzuschreiben ist, sollte nicht noch größer werden. Dazü fördere die Bundesregierung in den Entwicklungsländern die eigene Möglichkeiten, im Lande vorhandene Energiequellen auszuschöpfen und parallel dazu den Ausbau alternativer Energieerzeugung mit natürlichen Mitteln.

Trotz der unabdingbaren Bedeutung seines Ressorts auch für die Auftragslage der deutschen Wirtschaft kann Offergeld eine gewisse Unpopularität der Entwicklungshilfe nicht abstreiten. Auf die Frage nämlich, warum der Etat seines Ministeriums nicht - wie in einem Uno-Abkommen gefordert - 0,75 Prozent des Bruttosozialprodukts ausmache, sondern lediglich 0,3 bis 0,4 Prozent, verwies der Minister nur auf die immer wiederkehrenden Schwierigkeiten bei den jährlichen Haushaltsforderungen.

Kandidaten unter der kritischen Lupe der Wirtschaft:

Was haben Freiburgs mittelständische Unternehmen nach der Wahl zu erwarten?

Böhme und von Ungern-Sternberg präsentieren ihre Programme bei den Wirtschaftsunioren

Nach der Sommerperiode der Wahlkampf-Hocks, Sportabzeichen und Seeputzeten müssen die Kandidaten zur OB-Wahl nun vor diversen Gremien mit ihren Programmen einmal zur Sache kommen. Gags und Unterhaltung sind nicht mehr gefragt, sondern klare Aussagen zu den Fragen, die den verschiedenen Gesellschaftsgruppen auf den Nägeln brennen. So stellten sich am Dienstagabend dieser Woche in der Industrie- und Handelskammer Dr. Rolf Böhme und Dr. Sven von Ungern-Sternberg den kritischen Fragen des Juniorenkreises der IHK. Die Freiburger Wirtschaftsunioren hatten den Kandidaten rechtzeitig Zügel angelegt, die von vorneherein mehr oder minder verschwommene Allgemeinplätze kommunalpolitischer Art verhinderten. Kurz und prägnant hatte der Vorstand der Wirtschaftsunioren den beiden Kandidaten bereits in der Einladung die gewünschten Themenbereiche vorgeschrieben: Wirtschaftsförderung, Erhalt bestehender Arbeitsplätze, Belastung der Unternehmen, Sparsamkeit in einer Zeit der leeren Kassen. Damit war kein Platz für leere Floskeln.

Vorsitzender Bär kam denn auch nach kurzer Begrüßung zum Kern der Veranstaltung. Beide Kandidaten konnten während 20 Minuten ihre Vorstellungen zu den oben genannten Themenbereichen, die Freiburgs mittelständische Wirtschaft, aber auch die Großunternehmen direkt betreffen, Stellung nehmen. Beim Thema Wirtschaftsförderung bestand zwar zwischen von Ungern-Sternberg und Böhme darin Übereinstimmung, daß jede Chance zur Neuansiedlung von Firmen genutzt werden müsse, aber Böhme machte deutlich, daß die Hoffnung auf neue Firmen reichlich optimistisch sei. Es gehe eher darum, bürokratische Hemmnisse abzubauen, die Investitionen unmäßig zeitlich verzögerten. Dabei hatten auch Sprecher aus den Reihen der Zuhörer bemängelt, daß manche Investition nur deshalb nicht getätigt werde, weil der Amtschimmel mit einem Dutzend von Vorschriften jede vernünftige Regelung erschwere oder gar ganze Projekte blockiere. Böhme vertrat die Meinung, daß ein Oberbürgermeister flexibel sein müsse, wenn es um Hilfe für Arbeitsplatzsicherung und Mittelstandsförderung gehe. Es gebe trotz aller Paragraphen, so Böhme, immer auch den vielzitierten Ermessensspielraum. Von Ungern-Sternberg machte deutlich, daß unter seiner Amtsführung im Rathaus verstärkt Spezialisten für Industrieansiedlung tätig werden würden.

Beide Kandidaten stimmten darüber überein, daß eine Anhebung der Gewerbesteuer bei diesen Konjunkturproblemen „reines Gift“ sei. Hier habe die Wirtschaft nichts zu befürchten. Böhme forderte eine Stärkung des Tagungswesens auch mit weniger teuren Mitteln - vor allem einer Ausnutzung der Uni- und PH-Bereiche - und betonte, daß alle Hoffnungen auf exzellente Kongreßsaalprojekte angesichts der heutigen Fi-

nanzlage begraben werden müßten. Von Ungern-Sternberg stimmte weitgehend mit dieser Meinung überein, hoffte allerdings auf Möglichkeiten privatwirtschaftlicher Finanzierung eines derartigen Projekts.

Beim Thema Sparsamkeit der öffentlichen Kassen - ein gespannt erwarteter Punkt seitens der Teilnehmer - beklagte Böhme die Haltung der Beamten mit ihren derzeit lauter werdenden Klagen, von Ungern-Sternberg versprach eine „Nichtanhebung der Stellen im öffentlichen

Dienst“ und deutete eine verstärkte Verlagerung diverser städtischer Aufgaben in den privatwirtschaftlichen Bereich an. Weitere Themenpunkte der anschließenden Diskussion waren das Problem der Jugendunruhen, des Fremdenverkehrs und der Ausstrahlungskraft Freiburgs. Mochten auch viele Fragen offen bleiben, Freiburgs Wirtschaftsunioren hätten diese beiden Kandidaten doch zu weitgehend detaillierten Äußerungen gezwungen. Dazu soll schließlich ein Wahlkampf von dieser Bedeutung dienen.

Über die Vorstellung der OB-Kandidaten bei den Wirtschaftsunioren berichtete der Freiburger Wochenbericht auf seiner Titelseite am 16.9.1982

Ein Vortrag von Staatsanwalt Denzlinger fand folgendes Echo in der Oktober-Ausgabe von Wirtschaft im Südwesten:

Wenn die Strafe abgesehen . . .

Die Chancen nach der Entlassung

Die Junioren der Kammer interessieren sich für viele Themen – die nicht unbedingt in den Bereich der Kammern selber fallen . . . Wir geben ihnen, nach Maßgabe des uns zur Verfügung stehenden Platzes, Raum – weil sie willkommen sind, auch unseren Horizont zu erweitern. Die Freiburger Junioren hatten Karl-Heinz Denzlinger, Staatsanwalt in Freiburg, gebeten, sich zu dem Thema »Haben ehemalige Strafgefangene in unserer Gesellschaft eine Chance oder ist ihr Rückfall schon vorher bestimmt« zu äußern. Wir versuchen, seine Antwort zusammenzufassen:

Ein Spezialgebiet der Kriminalität ist der Strafvollzug. Das Recht wurde hier 1976 bundeseinheitlich neu gefaßt. Das Strafrecht in der Weise, daß es nicht mehr Ausdruck eines bestimmten Moralsystems ist, sondern nur noch den Schutz der Person und ihrer Güter zum Gegenstand hat. Dementsprechend wurde auch im Strafvollzugsrecht der Mensch in den Mittelpunkt gestellt, der Gedanke der Resozialisierung: »Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen (Vollzugsziel). Der Vollzug der Freiheitsstrafe dient auch dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten« (§. 2). Ferner § 3 des Gesetzes: »Das Leben im Vollzug soll den allgemeinen Lebensverhältnissen soweit als möglich angeglichen werden. Schädlichen Folgen des Freiheitsentzuges ist entgegenzuwirken. Der Vollzug ist darauf auszurichten, daß er dem Gefangenen hilft, sich in das Leben in Freiheit einzugliedern.« Das Recht brachte beachtliche Neuerungen. So gibt es nun neben dem geschlossenen Vollzug auch einen offenen, in dem der Gefangene als »Freigänger« tagsüber einem Beruf nachgeht, oder eine Ausbildung absolviert und sich nur über Nacht in der Anstalt befindet. Das Gesetz erlaubt auch Ausgang und Urlaub. Es gibt einen ehrenamtlichen Betreuer, der unüberwacht den Strafgefangenen besuchen und ihm unzensurierte Briefe geben kann. Strafgefangene, die ja in der Anstalt zur Arbeit verpflichtet sind, werden gegen Arbeitslosigkeit versichert, haben somit nach ihrer Entlassung entsprechende Ansprüche.

So wertvoll diese Möglichkeiten sind, so sind doch der Resozialisierung enge Grenzen gesetzt. Die Architektur der Strafan-

stalten ist nicht geeignet das Vollzugsziel zu fördern. Die wichtigsten Anstalten des Landes, zum Beispiel in Bruchsal und Freiburg, stammen aus dem letzten Jahrhundert, als es darauf ankam, einerseits die Strafgefangenen bei Isolierung in der Einzelzelle zur Einkehr zu führen, andererseits die Unterbringung so zu regeln, daß sie möglichst kostengünstig, das heißt mit einem Minimum von Personal durchgeführt werden konnte. Abgesehen von der Überbelegung – die Kapazität der Anstalt in Freiburg beträgt zum Beispiel 400 Insassen, während zur Zeit dort 700 untergebracht sind – verstärkt diese Konzeption die soziale Untauglichkeit des Strafgefangenen. Ihm, in seiner Zelle, steht vor der Zelle der »Schließer«, das heißt der Aufsichtsbeamte gegenüber. Es herrscht ein strenger Dualismus, in dem menschliche Beziehungen, die erzieherisch wirken könnten, kaum gedeihen, schon deshalb nicht, weil der Vollzugsbeamte nach Regeln vorgehen muß, die ihm von oben, das heißt von der Justizverwaltung vorgeschrieben werden und seine Einsichten und beruflichen Erkenntnisse nur selten einzusetzen vermag. Jahrelanger Aufenthalt in der Anstalt führt zu Gewohnheiten, die nur im Vollzug sinnvoll sind, und zum Verlernen der Fähigkeiten, die für das Leben in Freiheit erforderlich sind. Der Redner erwähnte einen Gefangenen, der sich nach Entlassung aus dreijähriger Strafe als ehemaliger Unternehmer davor fürchtete, ein Telefongespräch zu führen . . .

Mit dieser in aller Regel geschwächten Persönlichkeit soll der Verurteilte nach seiner Entlassung die schwierigen Aufgaben lösen, die ihm dort auf dem Wohnungs-, dem Arbeitsmarkt und seitens seiner Gläubiger begegnen. 30 % der entlas-

senen Strafgefangenen werden bereits im ersten Jahr nach der Entlassung wieder inhaftiert, nach fünf Jahren sind es 80 %. Viele haben nicht die Möglichkeit, in ihr altes Milieu zurückzukehren, und oft ist es vom Standpunkt der Resozialisierung aus auch gar nicht wünschenswert. Viele Ehen werden während der Inhaftierung geschieden, viele Gefangene können nicht zu ihren Eltern oder Geschwistern. Auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt haben sie häufig keine Chancen. Nicht selten fallen sie in die Hände von sogenannten Kreditthaien. Der Zugriff der Gläubiger konkurriert mit den Anforderungen des elementaren Lebensbedarfs an Kleidung und Möblierung des zur Wiedergewinnung einer eigenen Identität unerläßlichen eigenen Wohnraumes. Da nicht zu erwarten ist, daß sich das Vollzugssystem in absehbarer Zeit wesentlich ändert, könnte eine negative Gesamtbeurteilung eintreten. Doch das wäre falsch. Die Dinge können wesentlich verbessert werden, indessen bedarf es dazu des entschiedenen Engagements und der Privatinitiative. Aber menschliche Zuwendung allein reicht nicht aus, es reicht auch nicht aus, allein Wohnraum und Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Ehrenamtliche Betreuer, zuverlässige Persönlichkeiten, die auch das Vertrauen der Strafanstalt haben, sind ein Weg. Es gibt hier Antrags- und Auswahlverfahren der Vollzugsanstalt, die auch jedes Betreuerverhältnis jederzeit beenden kann. Er soll auch nach der Entlassung, in Krisen, freundschaftlich helfend eingreifen, ohne die Freiheit des Entlassenen zu verletzen. Er wird sich Gedanken machen, wo der Gefangene nach der Entlassung unterkommen wird, von was er leben wird. Diese Aufgaben können die Vollzugsinstanzen selber nicht bewältigen, mit ihrem Personal, in Freiburg zum Beispiel acht Sozialarbeiter, bei, wie gesagt, 700 Insassen.

An einer Reihe von praktischen Erfahrungen und Beispielen konnte nachgewiesen werden, daß, wenn die Entlassung in dieser Weise vorbereitet wird, die Resozialisierungschancen sehr gut sind – man möchte meinen, daß dies schon eigentlich der gesunde Menschenverstand nahelegt.

Fragen der Wirtschaft

Quiz für Gymnasiasten im Freiburger Raum

Zum Wirtschafts-Quiz des

AK Schule wurden veröffent-

licht:

Badische Zeitung

vom 30.11.1982

„Wieviel Tonnen Quecksilber transportierte der Rhein 1980 über die deutsch-holländische Grenze?“ – „Wer bestimmt den Kurs des US-Dollars?“ – „Was sind Kompensationsgeschäfte?“ Knifflige Fragen, die da die Freiburger Wirtschaftsjuvenoren rund 5000 Oberstufenschülern aus Freiburg und Umgebung stellten. Zum zweiten Mal verschickte der Kreis junger Unternehmer und leitender Angestellter ein Wirtschaftsquiz an 17 Gymnasien und Wirtschaftsgymnasien, um die Einstellung der Schüler zu wirtschaftlichen Zusammenhängen besser kennenzulernen.

„Das richtige Antworten ist nicht das primäre Ziel“, meint Hans-Jürgen Dietrich, der Leiter des Arbeitskreises Schule der Wirtschaftsjuvenoren und Organisator des Quiz. „Wenn ich die Fragen zum Beispiel Unternehmern vorgelegt hätte, könnten sie wahrscheinlich auch nicht alles beantworten.“ Ziel sei es vielmehr, zu erfahren, womit sich Jugendliche beschäftigen. So wurde das Quiz, es besteht aus rund 50 Fragen, aufgeteilt in zwei Bereiche: In reine Wissensfragen und in Fragen nach der persönlichen Meinung zum Bereich Wirtschaft.

Für Dietrich, der sich seit vier Jahren intensiv mit diesen Problemen auseinandersetzt, ist eine Tendenz

klar erkennbar: „Selbst die einfachsten Dinge sind nicht da und können auch nicht da sein.“ Das läge aber nicht nur allein an meist veralteten Schulbüchern und fehlenden Unterrichtsstunden, sondern auch an der Informationsfülle aus Fernsehen, Hörfunk und Presse. „Das können die Schüler doch nicht alles ordnen“, bemängelt Dietrich.

Mit dem Wirtschaftsquiz, die Ergebnisse werden zur Zeit per EDV ausgewertet, soll diesem Defizit entgegen gewirkt werden. „Wir wollen das Angebot einer Diskussion mit der Wirtschaft bieten“, stellt der Leiter des Arbeitskreises fest. So stehen die Wirtschaftsjuvenoren bei der Vermittlung von Werksbesichtigungen ebenso zur Verfügung wie zu gemeinsamen Gesprächsrunden und Unterrichtsreihen.

Den Gewinnern des Quiz winken lukrative Preise: So wird der Einzelgewinner zu einer Heißluft-Ballonfahrt über den Schwarzwald eingeladen; drei Schulen, die sich gemeinsam an dem Quiz beteiligt haben, erhalten Geldpreise von jeweils 1000 Mark; und der Klassenpreis besteht aus einer Fahrt zur Frankfurter oder Züricher Börse. Die Preisverleihung findet in vier Wochen statt und wird voraussichtlich von Regierungspräsident Nothhelfer vorgenommen. cv

Jugendquiz bei den Junioren

Auch die eigene Meinung zur Wirtschaft war gefragt

Zum Teil überraschende Ergebnisse bescherte das zweite Wirtschaftsquiz seinen Initiatoren, den Freiburger Wirtschaftsjuvenoren. Die Bescherung für die jugendlichen Quiz-Absolventen nahm Regierungspräsident Norbert Nothhelfer vor; der erste Preis, eine Ballonfahrt, wurde von Ekkehard Münzing aus der Klasse 10a des Goethe-Gymnasiums gewonnen. Er hatte 37 von 40 Fragen, die der Arbeitskreis Schule der Wirtschaftsjuvenoren ausgeteilt hatte, richtig beantwortet.

Da gab es Fragen zur Umwelt, zur Energie, zur Betriebswirtschaft, zum Arbeitsmarkt, zum Geldmarkt und zur Weltwirtschaft. Die besten Ergebnisse wurden jedoch bei der regionalen Wirtschaft erzielt; in diesem Zusammenhang dankte der Vorsitzende des Arbeitskreises den Mitarbeitern der Industrie- und Handelskammer, die telefonischen Anfragen, ob es etwa 3000, 6500 oder 10 000 Gewerbebetriebe in Freiburg gebe, geduldig beantwortet hatten.

Überraschen mochte zunächst, daß von 5000 an 18 Gymnasien und Wirtschaftsgymnasien verteilten Fragebögen nur 467 zurückkamen. Erfreut äußerten sich die Wirtschaftsjuvenoren und Nothhelfer jedoch über die mit mehr als 80 Prozent hohe Quote richtiger Antworten auf zum Teil recht schwierige Fragen. Alle Teilnehmer erhielten Preise oder Trostpreise. Interessant auch, daß die jüngsten teilnehmenden Schüler, die 14jährigen, im Schnitt am besten, die ältesten teilnehmenden Schüler (mit 19 Jahren) am schlechtesten abschnitten.

Aus der dem Quizteil angehängten Meinungsumfrage schloß Dietrich, daß sich die Arbeitslosenquote bereits auf die Einstellung der jungen Leute zur Dritten Welt auswirke: 65 Prozent der Jugendlichen antworteten mit „nein“ auf die Frage, ob zum Abbau der Arbeitslosigkeit in der Dritten Welt mehr Fer-

tigprodukte aus diesen Ländern bezogen werden sollten, auch wenn das zu mehr Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik führe. Auch sprach sich die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen gegen eine Erhöhung der Rohstoffpreise zugunsten der Länder der Dritten Welt aus.

Dietrich bedauerte, daß immerhin 24 Prozent der Fragebogenausfüller „noch pessimistisch zur Werbung eingestellt sind“, die betreffenden Schüler hatten aus den möglichen Antworten zur Aufgabe der Werbung „Manipulation der Konsumenten“ ausgewählt. Ebenfalls nicht einverstanden war er mit der Meinung von 33 Prozent der Befragten, daß die wirtschaftlichen Interessenverbände (und nicht die Parteien oder die Regierung) den größeren Einfluß auf das wirtschaftliche Geschehen in der Bundesrepublik hätten. Der Regierungspräsident dankte den Wirtschaftsjuvenoren für ihr gesellschaftliches Engagement und plädierte für eine Versachlichung der Diskussion gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Fragen – wie etwa Wyhl oder die Schwarzwaldautobahn – durch „mehr Information“. Nothhelfer würdigte die Arbeit der jungen Unternehmer und leitenden Angestellten in diesem Sinne als Information. Er riet den Jugendlichen, für deren Furcht, durch Werbung manipuliert zu werden, er Verständnis habe, sich „durch mehr Information zu schützen“. Der Vorsitzende der Wirtschaftsjuvenoren, Gregor Bähr, erklärte zur bisherigen Tätigkeit der Wirtschaftsjuvenoren: „Wir haben kritische und mündige Bürger erzo-

gen“.

und

18./19.12.1982

Und das gab es u.a. auch noch:

Wirtschaft im Südwesten
vom Februar 1982

Freiburger Wirtschaftsjuvenoren
Staatssekretär Dr. Rolf Böhm
über aktuelle Themen

Freiburger
Wochenbericht
vom 4.2.1982

Erfolgreiches Jahr der Wirtschaftsjuvenoren
Helmut Heine tritt ab, Gregor Bär neuer Vorsitzter

Junioren beim
Oberbürgermeister

Badische Zeitung
vom 13./14.2.1982

Freiburger Wochenbericht
vom 18.2.1982

Dr. Sven von Ungern-Sternberg bei
Wirtschaftsjuvenoren

IHK-Junioren sehen Erfolge

Jahresrückblick auf gesellschaftspolitische Arbeit

Badische Zeitung
vom 12.3.1982

Badische Zeitung
vom 25.6.1982

Ehrung für Helmut Heine
Senator der Weltorganisation der Wirtschaftsjuvenoren

Badische Zeitung vom 28./29.8.1982

Krisenzeiten

Wird unser „Musterland“ zum Sorgenland?

Wirtschaftsminister Eberle und Sven von Ungern-Sternberg zeigen sich besorgt

Strukturprobleme und die Wirtschaftsförderung im Raum Freiburg standen im Mittelpunkt einer Gemeinschaftsveranstaltung der Mittelstandsvereinigung (MIT) der CDU/CSU zusammen mit dem Juniorenkreis der Industrie- und Handelskammer am Donnerstagabend im Kolpinghaus. Baden-Württembergs Wirtschaftsminister Rudolf Eberle und OB-Kandidat Sven von Ungern-Sternberg trugen dort ihre Empfehlungen zu diesem Thema vor.

LEITSÄTZE DER WIRTSCHAFTSJUNIOREN

Präambel

Die Wirtschaftsjudnioren Deutschlands haben es sich zur Aufgabe gemacht, nicht nur Verantwortung in der Wirtschaft, sondern auch Mitverantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen. Sie haben erkannt, daß persönliche Freiheit ohne wirtschaftliche Freiheit nicht möglich ist, und daß unsere wirtschaftliche Freiheit nur durch Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu wahren ist. Politische und ökonomische Systeme werden aber nur so lange als gültig akzeptiert, wie sie Lösungen für die wesentlichen Probleme der Wirtschaft anbieten können. Unsere Gesellschaftsordnung hat ungelöste Probleme, die nach Ansicht der Wirtschaftsjudnioren vor allem in Verteilungskonflikten zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft, zwischen Arbeit und Kapital sowie zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern begründet liegen. Diese national und international stattfindenden Konflikte gilt es gegen zunehmenden evolutionären Druck auf den Handlungsspielraum und die Freiheit des einzelnen friedlich zu lösen. Die Wirtschaftsjudnioren setzen sich deshalb dafür ein, wirtschaftliche Freiheit in sozialer Verantwortung und damit auch individuelle Freiheit zu erhalten und zu erweitern. In einer sich permanent wandelnden Gesellschaft halten es die Wirtschaftsjudnioren für erforderlich, daß im Interesse der Mitglieder langfristig gültige Grundaussagen über den politischen Standort der Vereinigung festgeschrieben werden.

Grundsatz

Das Grundgesetz garantiert Freiräume für jeden einzelnen in einer pluralistischen Gemeinschaft.

Sachverhalt

Die Wirtschaftsjudnioren stellen eine weitere zunehmende Tendenz staatlicher Einflußnahme auf die Ausgestaltung und Reglementierung des gesellschaftlichen Lebens fest. Dies ist die Folge einer immer weitergehenden Fürsorge der Politik für immer mehr Gestaltung des privaten, beruflichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Grundsatz

Voraussetzung für den Fortbestand unserer freien Gesellschaftsordnung ist die Soziale Marktwirtschaft. Das bedeutet für den einzelnen die Bereitschaft zur Leistung in Selbstverantwortung, denn nur so ist es jedem Individuum möglich, sich nach seinen Fähigkeiten und seiner Begabung zu entfalten.

Sachverhalt

Die Wirtschaftsjudnioren stellen kritisch fest, daß die Notwendigkeit von Leistung heute von vielen nicht mehr akzeptiert wird, daß Leistung nicht mehr unbedingt zur Existenzsicherung erforderlich ist, und daß Leistung nur noch eingeschränkt belohnt wird (Nivellierung).

Jegliche Berufswahl ist mit Risiko verbunden. Diese Risiken sind um so eher zu meistern, je besser Schul- und Berufsausbildung sind, die durch ständige Weiterbildung zu erweitern sind.

Die Soziale Marktwirtschaft verlangt einen funktionsfähigen Wettbewerb. Wettbewerb darf kein Gleichgewicht kennen, nur ein ständiges Vergleichen. Er lebt vom Streben nach dem Neuen; bedeutet Chance und Risiko zugleich.

Grundsatz

Wesentlich für einen funktionsfähigen Wettbewerb ist die Möglichkeit des Vergleiches mit dem Konkurrenten. Das setzt eine ständige Regeneration von Unternehmen durch den Mut des einzelnen zur Selbstständigkeit voraus.

Handlungsanforderung

Die Wirtschaftsjudnioren fordern, daß die Politiker den Bürgern nicht nur ihre Mündigkeit bestätigen, sondern daß sie ihm vor allem die Möglichkeit geben, mündig zu handeln. Das bedeutet für den einzelnen aber auch die Pflicht, persönliche Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen und Entscheidungen zu treffen; eine Haltung, die wir heute immer mehr vermissen.

Aufgabe des Staates ist es, zur Bewältigung auftretender Konfliktfälle allgemein anerkannte abstrakte Regeln zur Verfügung zu stellen.

Handlungsanforderung

Die Wirtschaftsjudnioren sind der Ansicht, daß ohne Leistung des einzelnen neben anderen die nationalen und internationalen Verteilungsprobleme nicht zu lösen sein werden. Deshalb hat für Wirtschaftsjudnioren Leistung nicht nur eine individuellwirtschaftliche, sondern vor allem auch eine gesellschaftliche und politische Komponente. Nur mit Leistung sind die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft zu lösen.

Mit dem Bekenntnis zum Leistungsprinzip als wesentlicher Voraussetzung für wirtschaftliche Freiheit wird gleichzeitig die Forderung erhoben, daß jedem die Pflicht zu einer individuell bestimmten Bildung obliegt. Wir müssen Leistungs- und Lernbereitschaft, Mobilität und Flexibilität fordern und beweisen, um uns an die in Zukunft noch stärker sich ständig ändernden Bedingungen anzupassen.

Der Arbeitskreis Mittelstand wird aufgefordert, einen Handlungskatalog zu Fragen der inner- und überbetrieblichen Aus- und Weiterbildung zu entwickeln.

Die Wirtschaftsjudnioren bekennen sich zum Wettbewerb; sie haben dies mit der Forderung nach Abbau aller Subventionen bekräftigt. Die Wirtschaftsjudnioren fordern daher vom einzelnen wie vom Unternehmer, sich dem Wettbewerb zu stellen. Wettbewerb darf aber nicht nur so lange gefordert werden, wie die eigene Wettbewerbsfähigkeit besteht.

Handlungsanforderung

Selbstständigkeit durch Existenzgründung zu fördern, das ist vornehmlich Aufgabe junger Unternehmer, der Wirtschaftsjudnioren. Die Beratung Gründungswilliger ist zu verstärken. Mit den örtlichen Industrie- und Handelskammern ist auf dem Existenzgründungsbereich verstärkt zu kooperieren, denn über Selbstständigkeit kann der besonders gut beraten, der selbst selbstständig ist. Die Kammern können und sollen nur Fachberatung leisten.

Der Bundesvorstand und die Landesverbände sind aufgefordert, entsprechende Kooperationsvereinbarungen mit dem DIHT und den Kammern zu entwickeln und diese in praktische Arbeit umzusetzen.

Die Privatisierungsinitiative ist von jedem örtlichen Kreis in die Praxis umzusetzen.

Mehr Selbstständigkeit abhängig Beschäftigter kann durch entsprechenden Führungsstil und Organisationsmaßnahmen erreicht werden. Der Arbeitskreis „Mitarbeiter und Unternehmer“ wird aufgefordert, Handlungshilfen hierzu zu entwickeln.

LEITSÄTZE DER WIRTSCHAFTSJUNIOREN

Wer die Soziale Marktwirtschaft bejaht, erkennt auch gleichzeitig die Notwendigkeit von Staatseinfluß an. Staatseinfluß bedeutet jedoch lediglich das Setzen von Rahmenbedingungen.

Grundsatz

Unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beruht auf Privateigentum. Privateigentum fördert individuelle Freiheit, gleichzeitig die Verantwortlichkeit für sich selbst (Selbständigkeit) und für andere.

Mit eigenem Handeln vorzusorgen, das muß die Maxime für den einzelnen Bürger und für die gesellschaftlichen Gruppen sein. Die staatliche Versorgung soll/kann nur das Existenzminimum sicherstellen.

Eine breit angelegte Vermögenspolitik verstärkt die wirtschaftliche Unabhängigkeit des einzelnen.

Sachverhalt

Die Wirtschaftsjunioren stellen fest, daß die bisherige Vermögensbildungspolitik nur bestimmte Vermögensformen bevorzugt, die zum Großteil noch dazu einseitig kurzfristig Anlagecharakter haben. Die Wirtschaftsjunioren sehen auch, daß die Beteiligung des Arbeitnehmers am sog. Produktivvermögen allein auf Unternehmerrinitiative hin mit noch unzureichendem Ausmaß betrieben wird.

Grundsatz

Unternehmer und Arbeitnehmer sind Produktionspartner. Zwar bestehen zwischen Arbeit und Kapital durchaus Interessengegensätze, diese werden aber durch ein gemeinsames Interesse überwunden, das darauf gerichtet ist, das Unternehmen und damit Arbeitsplätze auch langfristig zu sichern. In diesem Sinne tragen Unternehmer und Mitarbeiter gemeinsame Verantwortung und gemeinsame Risiken.

Die Wirtschaftsjunioren setzen sich mit Nachdruck für die Erhaltung der Tarifautonomie im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft ein. Tarifautonomie bedeutet Gleichgewicht der Kräfte. Streik und Aussperrung sind legitime Mittel der Tarifautonomie.

Dort, wo der Einfluß des Staates in Form von Rahmenbedingungen unumgänglich ist, fordern die Wirtschaftsjunioren endlich Kontinuität und langfristige Berechenbarkeit.

Im übrigen ist der Einfluß des Staates auf wirtschaftliche Tätigkeiten so weit wie möglich zurückzudrängen. Viele gesellschaftliche und vor allem wirtschaftliche Bereiche, die auf den ersten Blick nur vom Staat wahrgenommen werden können, lassen sich mit Phantasie, gutem Willen und vorurteilsloser Bereitschaft, sich von Besitzstandsdenken freizumachen, dennoch privatwirtschaftlich lösen (z. B. Post- und Verkehrsversorgung). Dort, wo marktwirtschaftliche Lösungen auch nach kritischer Prüfung nicht möglich sein sollten, kommt als Alternative keineswegs nur der Staat in Frage. Vielmehr sollte nicht-staatlichen Organisationen der Vorrang gegeben werden (z. B. im Bildungswesen). Denkbar wäre, daß sich nach einiger Zeit auch hier wieder ein Wettbewerb entwickelt.

Handlungsanforderung

Die Wirtschaftsjunioren sind der Ansicht, daß wirtschaftliche Betätigungen frei sein müssen von politischen Eingriffen, daß vielmehr der Staat sein Handeln mehr an ökonomischen Grundsätzen orientieren sollte. Die Kompetenz des Staates, mittels Rahmenbedingungen Einfluß auszuüben, wird anerkannt.

Staatseigentum muß nach Meinung der Wirtschaftsjunioren die Ausnahme sein. Sie fordern daher die Privatisierung aller marktwirtschaftlich zu erbringenden Leistungen, die der Staat heute wahrnimmt. Damit ist auch die Forderung nach Reprivatisierung des staatlichen Anteilsbesitzes verbunden (z. B. VW, Preussag, Veba).

An den Arbeitskreis Privatisierung und den Landesverband Hanseraum ist die Aufforderung zu richten, einen Handlungskatalog zur Privatisierung zu erstellen.

Die Wirtschaftsjunioren fordern für den Bereich der Sozialgesetzgebung wie für jegliche andere gesetzliche Maßnahme, daß vor Einräumung eines Leistungsanspruchs die unbedingte Notwendigkeit hierfür nachgewiesen wird, die langfristige Finanzierung gesichert ist und der Anspruch einer zeitlichen Befristung und damit einer Kontrolle unterliegt.

Die Wirtschaftsjunioren sind der Ansicht, daß auf der Basis der Freiwilligkeit und Eigeninitiative jegliche Art der Vermögensbildung für jeden zu eröffnen und steuerlich zu fördern ist. Die bisherige einzeiformbezogene Förderung muß dagegen aufgegeben werden. Die Mittelaufbringung für die Vermögensbildung wird tarifvertraglich vereinbart; die Anlageentscheidung trifft jeder individuell für sich.

Investive Beteiligungsmodelle sind gerade für mittelständische Unternehmen von Bedeutung und sollten durch steuerliche Anreize attraktiv gestaltet werden.

Aufgabe der Wirtschaftsjunioren ist es, ihren Unternehmen die Kapitalbeteiligung von Arbeitnehmern nahezubringen. Eine Argumentationshilfe hierfür ist von den Arbeitskreisen „Mittelstand“ und „Mitarbeiter und Unternehmer“ zu entwickeln.

Handlungsanforderung

Die Wirtschaftsjunioren halten es für unabdingbar, daß Entscheidungen in einem Unternehmen nur der treffen kann, der Verantwortung trägt, die sich auf das Eigentum gründet. Die Verantwortung des angestellten Unternehmers ist hiervon ausgeschlossen, da es sich um eine delegierte Verantwortung der Eigentümer handelt. Die Unternehmensverfassung steht allerdings im Zeichen der kooperativen Führung, deren Ausgestaltung für die gesetzlich vorgeschriebenen Fälle durch die Mitbestimmung erfolgt ist. Mitbestimmung, die über diesen gesetzlichen Rahmen hinausgeht, wird von den Wirtschaftsjunioren abgelehnt.

Die Tarifautonomie steht nach Ansicht der Wirtschaftsjunioren unter dem Primat der Forderung nach Erhaltung und Steigerung der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft und der Schaffung eines optimalen, also nicht nur auf der Basis von Quantitätssteigerungen zu erzielenden Bruttosozialprodukt, da nur aus diesem jegliche Art von Leistungen an Individuum und Gesellschaft finanziert werden kann. So darf z. B. Beschäftigungspolitik nicht Selbstzweck sein, sondern muß sich an diesem Maßstab messen lassen.

Die Wirtschaftsjunioren fordern, daß der Staat sich aus Tarifverhandlungen heraushält, soweit er nicht als Arbeitgeber betroffen ist. Demzufolge ist auch das bestehende Schlichtungswesen zu überdenken.

Eine sinnvolle Tarifpolitik bedeutet, daß die Lohn- und Produktivitätsentwicklung wieder einander angepaßt werden, daß die Lohnrelationen stärker differenziert werden und den unterschiedlichen regionalen und branchenmäßigen Gegebenheiten entsprechen und daß sich das Leistungsprinzip wieder gegenüber der Nivellierungspraxis durchsetzt. Wichtig ist, daß ein Eingehen auf unternehmensspezifische Situationen gerade im Interesse der betroffenen Arbeitnehmer stärker als bisher möglich ist.

Die Tarifpolitik beschränkt sich nach Ansicht der Wirtschaftsjunioren nicht auf die Lohnverhandlungen. Darüber hinaus tragen die Tarifpartner u. a. Verantwortung für die Arbeitslosen- und die Rentenversicherung.

FÖRDERKREIS

Der Verein der Freunde des IHK-Juniorenkreises Freiburg e.V. - kurz Freundeskreis oder Förderkreis genannt - wurde im Mai 1979 gegründet. Er will zusammen mit den Wirtschaftsjunioren den bildungspolitischen Auftrag und die bildungspolitische Arbeit der jungen Unternehmer verwirklichen. Hierzu finden entweder mit den Wirtschaftsjunioren gemeinsame Veranstaltungen und Unternehmungen statt oder der Verein unterstützt die Arbeit der Wirtschaftsjunioren auf dem Gebiet der Erziehung, der Volks- und Berufsausbildung.

Gleichzeitig will der Verein allen ehemaligen Wirtschaftsjunioren und Interessierten, die nicht den Wirtschaftsjunioren beitreten können, die Möglichkeit geben, ihre Verbundenheit zu den Wirtschaftsjunioren zu zeigen. Der Verein bietet sich somit als Nachfolgeorganisation der Wirtschaftsjunioren an. Deshalb sollte jeder ausscheidende Wirtschaftsjunior Mitglied im Freundeskreis werden.

Der Verein hat heute 80 Mitglieder. Im vergangenen Jahr hat er mehrere bildungspolitische Veranstaltungen mit den Wirtschaftsjunioren durchgeführt oder solche unterstützt.

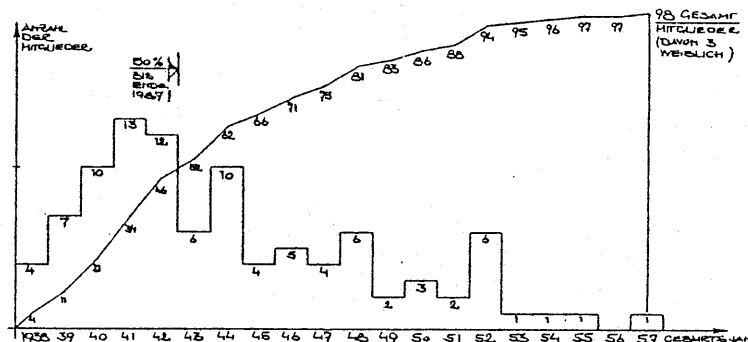
- Interessenten am Freundeskreis mögen sich bitte an die Geschäftsführung der Wirtschaftsjunioren bei der Industrie- und Handelskammer, Südl. Oberrhein, Freiburg, wenden.

MITGLIEDERBETREUUNG

WIRTSCHAFTSJUNIOREN FREIBERG - ALTERSSTRUKTUR DER MITGLIEDER (STAND: 1.1.1983)

Mitgliederwerbung und Mitgliederintegration

Mitgliederstand Januar 1982:	93
Abgänge durch Erreichen der Altersgrenze und Austritte:	8
Streichungen:	5
Neuaufnahmen:	18
<hr/> Stand Januar 1983:	<hr/> 98



Es wird langfristig ein Mitgliederstand von ca. 120 aktiven Wirtschaftsjunioren angestrebt. Bei unserer Altersstruktur ist zu beachten, daß in den kommenden Jahren allein altersbedingt 6 (1983) bis 13 (1987) ausscheiden werden, so daß bei einer jährlichen Vergrößerung unseres Kreises um ca. 6 Personen zusätzlich die vorgenannten Abgänge und die beruflich bedingten Austritte kompensiert werden müssen. Dies führt zu einer Zahl von jeweils ca. 15 - 20 Neuaufnahmen in den nächsten Jahren.

Die Forderung des Besuches von mindestens 60 % unserer präsenzpflichtigen Veranstaltungen wurde leider nicht von allen Mitgliedern erfüllt. Bei extremer Teilnahmslosigkeit wurde das Überwechseln in den Förderkreis bzw. der Austritt nahegelegt, da wir der Meinung sind, daß die Beitragszahlung und der Name im Mitgliederverzeichnis allein den uns gestellten Zielen und Aufgaben nicht gerecht wird. Auch in der Gästeliste wurden 15 Streichungen vorgenommen, da kein echtes Interesse zu erkennen war.

Zur Erweiterung unserer Gästeliste werden im Januar 1983 die Geschäftsleitungen von 50 Betrieben, die noch nicht bei uns vertreten sind, wegen der Aktivierung eines geeigneten Vertreters angeschrieben. Unabhängig hiervon sind alle Mitglieder hiermit aufgerufen, geeignete Damen und Herren für eine Teilnahme an unserem Kreis dem Vorstand zu benennen.

Bezüglich der Mitgliederintegration erhalten alle Gäste den Namen einer beruflich oder bezüglich des Wohnortes nahestehenden Kontaktperson mitgeteilt, die bei der Überwindung der ersten "Schwellenängste" helfen soll. Zum gegenseitigen namentlichen Kennenlernen dienen die Namensschilder bei den Veranstaltungen.

Um Kritik oder Anregungen zu den Themen Mitgliederwerbung und Mitgliederintegration wird gebeten. (gez. Sauerbier)

MITGLIEDERVERZEICHNIS

A l b r e c h t , Hubert Almet - Hubert Albrecht Einzelhandel Metall	-
B a c z y k , Jürgen Franz Baczyk & Sohn Transporte	-
B ä r , Gregor, Dipl.-Ing. Schluchseewerk AG Energieversorgungsunternehmen	Vorsitzender der Wirtschaftsjuvenoren AK Gesellschaftspolitik AK Mittelstand AK Soziales
B a u m a n n , Lothar Heinrich Nepomuk Steyert Weingut und Kellerei GmbH	AK Gesellschaftspolitik
B e c k , Dietmar Badenia-Drogerie Albert Beck	AK Mittelstand
B i e h l e r , Karl-Heinz St.Göppert KG Papierwarenfabrik	AK Mittelstand AK Schule
B i n g e l , Elmar Werner Bingel Steuerberatungsbüro	-
B o l l e r e r , Dieter Julius Bollerer Textileinzelhandel	-
B o n e n k a m p , Walter Stiebel-Eltron GmbH & Co KG Vertriebsbüro Freiburg Elektroindustrie	-
B o r n e m a n n , Bernd Allianzversicherungs AG	AK Schule
B r e n k e , Helmut Hotel am Münster Gaststätten	-
B u s s e , Paul Waldkurbad Paul Busse KG Gesundheit	AK Gesellschaftspolitik

MITGLIEDERVERZEICHNIS

D a l l m a n n , Bernd Dipl.-Volkswirt Dr.Kurt Mulli Nachf. GmbH & Co KG Chemie	AK Gesellschaftspolitik
D i e t r i c h , Hans-Jürgen Deutsche Pharmacia GmbH Pharmacie	Vorstandsmitglied Leiter des AK Schule Überregionaler AK Schule im Landesverband
D u f n e r , Eugen Elza-Textilwerk Gebr.Dufner KG Textil	-
E c k e r t , Bernhard Taylorix-Freiburg Datenverarbeitung	AK Gesellschaftspolitik AK Mittelstand
E i l i n g , Rainer Modehaus Kurt Oberpaur GmbH & Co KG Textileinzelhandel	-
E n d e r s , Gerhard Commerzbank AG Banken	AK Schule
F r i e d r i c h k e i t , H.Joachim - Dipl.-Wirtschafts-Ingenieur Buckbee-Mears-Company Elektronik	-
G a n g o t e n a , Rocio Jeansshop Rolando Gangotena Einzelhandel - Textilien	-
G a n g o t e n a , Rolando Fr. Keim KG Getränkegesellschaft	ehem. Vorstandsmitglied AK Schule
G e i s s l e r , Peter Musikhaus Ruckmich GmbH Einzelhandel	-
G e r b e r , Horst Gerber GmbH & Co KG Bauunternehmung	ehem. Vorstandsmitglied
G r ü n e r t , Hartmut Baden-Württembergische Bank AG Banken	AK Mittelstand

MITGLIEDERVERZEICHNIS

G r ü n w a l d , Franz Xaver Wolfgang Gehlert GmbH & Co KG Kraftfahrzeuge	-
G u g e l , Peter, Dipl.-Volkswirt Gugelwerke GmbH Camping-/Freizeitbedarf	-
H ä r r i n g e r , Karl Karl Stahl Nachf. KG Einzelhandel Schmuck	-
H a f f k e , Helmut Otto Schmidt KG Transporte	-
H a r t m a n n , Hans-Bodo Farmitalia Carlo Erba GmbH Pharmacie	AK Mittelstand
H e c k , Gottfried Steuerbevollmächtigter	AK Gesellschaftspolitik
H e c k , Norbert Krämer Einrichtungen GmbH Einzelhandel	AK Mittelstand AK Schule
H e i n e , Helmut Miele & Cie Haushaltsgeräte	JCI-Senator ehem. Vorsitzender der Wirtschaftsjuniore AK Gesellschaftspolitik AK Schule
H e i s t e r k a m p , Rolf Interholz Raimann GmbH Maschinenbau	-
H e i t z l e r , Bruno Feinmechanik GmbH Feinmechanik	AK Mittelstand AK Schule
H e ß , Manfred, Ing. VDI M. Heß und W. Lörch Ing.Büro für Haustechnik	AK Mittelstand
H i l d e n b r a n d , Gunter Dipl.-Ingenieur Kaltenbach S.A.	AK Gesellschaftspolitik

MITGLIEDERVERZEICHNIS

H i r s c h b o l z , Eberhard Sparkasse Elztal Banken	-
H ö p p n e r , Ulrich Dies und Das Geschenke Einzelhandel	AK Schule AK Mittelstand
H u b e r , Gerhard Stefan Meier Tabakwaren Einzelhandel	AK Mittelstand
I d e n , Wolfgang Hermes Kreditversicherungs AG Versicherung	AK Gesellschaftspolitik
J a k o b , Gerold Rheinhafen Breisach GmbH Verwaltung	-
J e n n e r t , Rainer Commerzbank Filiale Lörrach AG Banken	-
J o n t z a , Ansgar Jontza Gewerbebau GmbH	AK Mittelstand
K a r l e , Manfred Südvers Verwaltungsgesellschaft Manfred Karle KG Versicherung	Landesvorstand der Wirtschafts- junioren in Baden-Württemberg AK Mittelstand
K e l l e r , Bernhard Baden-Württembergische Bank AG Banken	AK Schule
K o c h , Hanns-Peter Emil Fässler GmbH Teppiche und Heimtextilien Einzelhandel	ehem. Vorstandsmitglied AK Soziales
K o c h , Hans-Peter Beschläge-Koch GmbH & Co KG Großhandel mit Baubeschlägen	-
K o c h , Paul Volksbank Freiburg eG Banken	-

MITGLIEDERVERZEICHNIS

K o n r a t h , Horst Verlag Horst Konrath Verlag	-
K o p p i t z , Wolfgang Südvers Süddeutsche Versicherungs- makler GmbH Versicherung	Vorstandsmitglied Leiter des AK Soziales
K r e m p , Karl-Heinz Schmuckeinzelhandel	-
K ü l b o r n , Michael Repro-Dienst GmbH	AK Gesellschaftspolitik
K u n z w e i l e r , Konrad Zikun-Fahrzeugbau OHG Ziegler & Kunzweiler	AK Gesellschaftspolitik
L a n g , Dr., Bertil Gödecke AG Pharmacie	- (beurlaubt)
L i e d t k e , Harry Heinrich Kuper GmbH & Co KG Holzbearbeitungsmaschinen	-
L i n k , Wolfgang Dr. Armbruster Bau GmbH & Co KG Bauunternehmung	AK Gesellschaftspolitik
M e i e r , Klaus Park-Hotel Post Garni Meier KG Gaststätten	-
M i c h e l s , Rolf Westdeutsche Handelsgesellschaft Gebr. Sinn AG Handel	ehem. Vorstandsmitglied (beurlaubt)
M i e r i t z , Harald Vereinigte Kunststoffwerke GmbH	AK Gesellschaftspolitik
M i l a r k , Jürgen Nixdorf Computer AG Datenverarbeitung	-

MITGLIEDERVERZEICHNIS

M o r i z , Werner Götz & Moriz Baustoffe GmbH Baustoffhandel	AK Mittelstand
M ü l l e r , Hermann Öffentliche Sparkasse Banken	-
N e n n e r , Helmut Oskar Schunck KG Versicherung	-
N i p k e n , Rolf Agentur für Information	-
O s t e r , Fritz BDW Werbestudio	-
R a s c h , Kai KNF Neuberger GmbH Maschinenbau	AK Schule
R e i c h e n b a c h , Werner Haftpflichtverband der Deutschen Industrie Versicherung	-
R i c h t e r , Dr. Rüdiger Götz & Moriz GmbH & Co Baustoffgroßhandel	Vorstandsmitglied Leiter des AK Mittelstand AK Gesellschaftspolitik
R o m e i k e , Gerd Josef Krautkrämer Großhandels-Vertretungen	-
R ü c k e s h ä u s e r , Jörg Dipl.-Volkswirt Steuerberater	Vorstandsmitglied Öffentlichkeitsarbeit AK Mittelstand AK Gesellschaftspolitik
S a u e r b i e r , Jochen Dipl.-Ingenieur Dr.Armbruster Bau GmbH & Co KG Bauunternehmung	Vorstandsmitglied Mitgliederbetreuung AK Mittelstand AK Gesellschaftspolitik
S e e b e r g e r , Wolfram Gerd Schenker & Co GmbH Spedition	-

MITGLIEDERVERZEICHNIS

S p e t h , Alfred Hellige GmbH Elektrotechnik	AK Gesellschaftspolitik
S u t t e r , Mathias Max Sutter Büroorganisation	ehem. Vorstandsmitglied AK Mittelstand
S c h ä f f l e r , Hartmut Schlierberg-Wohnbau Wohnungsbauunternehmen	AK Soziales
S c h e l k e s , Wieland Unabhängige Versicherungs- und Finanzierungsvermittlung	ehem. Vorstandsmitglied AK Soziales
S c h m e r l i n g , Rolf Wohnbau Alpha GmbH	AK Gesellschaftspolitik
S c h n e i d e r , Wilfried Anton Rempp Nachf. GmbH KFZ-Großhandel	-
S c h ö l l y , Werner Volpi Deutschland GmbH Elektronik-Einzelhandel	AK Schule
S c h o l l , Hans-Peter Scholl GmbH Autoteile - Großhandel	ehem. Vorstandsmitglied
S c h o l l , Henry Scholl GmbH Autoteile - Großhandel	AK Schule
S c h o p p , Bernhard Kalkwerk Mathis GmbH & Co Baustoffhandel	AK Mittelstand
S c h u m a n n , Hella Schuhhaus Schumann Einzelhandel	ehem. Vorstandsmitglied AK Schule
S t e i n b e r g , Volker Dipl.-Ingenieur Wehrle Werk AG Maschinenbau	AK Soziales

MITGLIEDERVERZEICHNIS

S t i l z , Dieter Richard Herdhaus Stilz Einzelhandel	AK Soziales
S t r e c k e l , Peter Nürnberger Lebensversicherungs AG Versicherung	-
T h e o b a l d , Jürgen Dipl.-Ingenieur Kremp-Stoelcker & Partner Ingenieurbüro	AK Gesellschaftspolitik
T h e u r e r , Julius Südwest-Auto GmbH	-
T i m i n g e r , Siegfried Deutsche Bank AG Banken	AK Schule
V o l l m e r , Angela Franz Schaub Sanitätshaus	-
W a l t e r , Bernhard DresdnerBank AG Banken	Vorstandsmitglied im Bundesverband ehem. Vorstandsmitglied (beurlaubt)
W e s t h o f e n , Hans-Dieter Herbert Rutz Bodenbeläge-Großhandel	AK Mittelstand
W ü r z , Heinz , Dipl.-Volkswirt Computer-Organisation Datenverarbeitung	AK Mittelstand
W u r s t , Heinz-Herward Radio-Fernsehen - Einzelhandel	AK Soziales
Z e i l i n g e r , Jürgen Dresdner Bank AG Banken	-
Z i m m e r m a n n , Dr. Rainer Gödecke AG Pharmacie	AK Schule
Z i s e r , Wolfgang Basler Versicherungsgesellschaft Versicherung	AK Soziales